



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 16.07.2013

Niederschrift

über die **30. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 15.07.2013, 15:05 Uhr bis 16:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE

Sachkundige Bürgerin

Frau Renate Domke auf Vorschlag der FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch	auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka	SPD
Frau Christel Tank	pro Köln
Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD

Herr Patric Sobieralski	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Patrick Stamm	auf Vorschlag der CDU
Herr Frank Hauser	auf Vorschlag der Grünen
Herr Helmut Metten	GRÜNE
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP
Herr Thorsten Stöckert	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik DEIN KÖLN

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver
Herr Dr. Joachim Bauer
Herr Gisbert Bieger

Schriftführer

Herr Ralf Droske

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Markus Wiener	pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Berthold Bronisz DIE LINKE.

Herr Thelen begrüßt die Anwesenden und stellt die aktuelle Tagesordnung vor.

Herr Thelen informiert den Ausschuss über den Antrag der Bezirksvertretung Mülheim, den Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 17.06.2013 zur Dellbrücker Hauptstraße zu beanstanden. Der Oberbürgermeister hat den Beschluss formell nicht beanstandet, da die Beschlüsse des Ausschusses nur empfehlende Wirkung haben, hat aber darauf hingewiesen, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden über die Einrichtung einer Temporeduzierung auf der Dellbrücker Hauptstraße mangels Zuständigkeit nicht hätte entscheiden dürfen.

Herr Dr. Höver erklärt ergänzend, dass die Zuständigkeitsordnung auch für die Einrichtung von Tempo-30-Zonen die alleinige Zuständigkeit der Bezirksvertretung vorsieht, wenn durch die Regelung der ÖPNV nicht beeinträchtigt werde. Im konkreten Fall habe die Bezirksvertretung in der Vorberatung die Vorlage zurückgestellt, der Ausschuss habe aber dennoch einen Beschluss gefasst. Dies habe offenbar zu Verstimmung in der Bezirksvertretung geführt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Mitteilung über zurückgewiesene Bürgereingabe: Denkmalgeschützte Finneriesiedlung, Köln – Höhenhaus, Dachgaubenerweiterung (02-1600-12/13)
1289/2013/1
- 1.2 Zurückgewiesene Anregung nach § 24 GO zu Tabakwerbung (02-1600-37/13)
2278/2013
- 1.3 380-KV-Leitung am Niehler Damm
2414/2013

2 Anfragen

- 2.1 Mündliche Anfragen
- 2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 3.1 Änderung der Straßenreinigungssatzung (02-1600-16/13)
1288/2013
- 3.2 Massaria-Befall an Platanen
2138/2013
 - 3.2.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage betreffend Massaria-Befall an Platanen (Vorlagen-Nummer: 2138/2013)
AN/0928/2013
- 3.3 Bürgereingabe: Grünzug West in Köln-Weiden/ Junkersdorf (02-1600-06/13)
1360/2013

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

**1.1 Mitteilung über zurückgewiesene Bürgereingabe: Denkmalgeschützte Finnensiedlung, Köln – Höhenhaus, Dachgaubenerweiterung (02-1600-12/13)
1289/2013/1**

**1.2 Zurückgewiesene Anregung nach § 24 GO zu Tabakwerbung (02-1600-37/13)
2278/2013**

**1.3 380-KV-Leitung am Niehler Damm
2414/2013**

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**3.1 Änderung der Straßenreinigungssatzung (02-1600-16/13)
1288/2013**

Der Petent erläutert seine Eingabe.

Herr Bieger, Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB), nimmt für die Stadtverwaltung Stellung.

Herr Schneider erklärt, dass die SPD-Fraktion eine Änderung der Satzung nicht für richtig halte, dass aber nach eigenen Erkenntnissen der Reinigungszustand in der Straße nicht immer zufriedenstellend sei. Insofern sei ein Verbesserungsbedarf bei der Reinigungsleistung durch die AWB durchaus nachvollziehbar.

Auf ergänzende Nachfrage von Frau Herbers-Rauhut, CDU, nach konkreten Verbesserungsmöglichkeiten erklärt Herr Bieger, dass bei gemeldeten Mängeln bei der Reinigungsleistung die Verwaltung umgehend Kontakt mit der AWB aufnehmen würde. Hier sei man aber auf konkrete Meldungen beispielsweise aus der Anwohnerschaft angewiesen.

Herr Schneider bittet die Verwaltung, das Gespräch mit der AWB zu suchen, um für den Straßenabschnitt eine für Stadt und Anwohner zufriedenstellende Lösung zu finden. Er schlägt vor, den Beschlusstext mit dem Ziel der Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Reinigung zu ergänzen.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für die Eingabe. Der Ausschuss spricht sich im Interesse einer ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Reinigung gegen eine Änderung der Straßenreinigungssatzung aus. Die Verwaltung wird gebeten zusammen mit der AWB sicher zu stellen, dass der Straßenabschnitt ordnungsgemäß gereinigt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.2 Massaria-Befall an Platanen
2138/2013**

Herr Rohde erläutert für die Initiative Weißenburgstraße die Eingabe. Sie fordert, die denkmalgeschützten Platanen auf der gesamten Weißenburgstraße zurückzuschneiden. Die Initiative bezweifelt, dass für die Erlangung von Erkenntnissen zur Bekämpfung des Massariabefalls die von der Verwaltung vorgeschlagene Teilung der Weißenburgallee in sechs Teile erforderlich sei. Als Kompromiss schlägt die Initiative vor, eine Drei-Teilung entsprechend der gegebenen Trennung durch die Hülchrather Str. und Neusser Straße vorzunehmen.

Herr Dr. Bauer, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, nimmt für die Verwaltung Stellung. Er erklärt, dass die Platanen in der Weißenburgstraße keinesfalls krank seien. Die Lebensbedingungen seien, wie bei fast alle innerstädtischen Bäumen, nicht optimal. Die Bäume würden zwar immer wieder von Pilzkrankheiten befallen, beispielsweise dem Massariapilz, dieser befallt aber nur die geschwächten Äste. Diese sterben dann ab und müssten wegen der eventuellen Verkehrsfährdung entfernt werden. Die gesunden Äste und der Stamm des Baumes werden jedoch nicht befallen.

Der Massariabefall halte sich nach Einschätzung von Herrn Dr. Bauer in Köln bislang in Grenzen. Da jedoch mit einem weiteren Anstieg des Massariabefalls zu rechnen sei, befürwortet er grundsätzlich den von den Petenten vorgeschlagenen Versuch, die Kronen der Platanen um mindestens 30 Prozent zurückzuschneiden. Es gäbe aus anderen Städten Anzeichen dafür, dass dies zu einer nachhaltigen Reduzierung des Massariabefalls führen könne. Da diese Ergebnisse bislang jedoch noch nicht wissenschaftlich belegt seien, schlägt er für die Weißenburgstraße ein wissenschaftlich begleitetes Versuchsverfahren vor. Da die drei Teile der Weißenburgallee sehr unterschiedlich, insbesondere hinsichtlich der Bodenverhältnisse beschaffen seien, schlage er die Teilung dieser Abschnitte in insgesamt sechs Untersuchungsbereiche vor. Ziel der Untersuchung sei,

1. zu ermitteln, ob der Rückschnitt tatsächlich zu einer Reduzierung mit Massaria führe

2. zu ermitteln, ob dies langfristig Auswirkungen auf die Kosten der Baumunterhaltung habe
3. zu verdeutlichen, welche Auswirkungen auf das Stadtbild eine Kürzung der Baumkronen habe.

Herr Schneider dankt der Verwaltung für die sehr überzeugende Darstellung der fachlichen Zusammenhänge und Hintergründe für die vorgeschlagene Untersuchung. Seine Fraktion werde den Vorschlag der Verwaltung unterstützen.

Herr Löwisch schlägt vor, dem Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung 1 zu folgen, die sich für eine wissenschaftliche Untersuchung ausgesprochen habe. Die Bezirksvertretung habe auch den Vorschlag der Verwaltung begrüßt, einen Runden Tisch mit Politik, Bürgern und Verwaltung einzurichten, der die wissenschaftliche Untersuchung begleitet.

Herr Kretschmer schlägt vor, die konkrete Ausgestaltung und Auswahl der Örtlichkeit für die Untersuchung dem Fachausschuss und der Fachverwaltung zu überlassen. Welche Unterteilung bei Auswahl der Weißenburgstraße für die Erlangung wissenschaftlicher Erkenntnisse erforderlich sei, sollte dort noch einmal diskutiert werden. Ihm sei wichtig, dass nach Abschluss des vierjährigen Versuchs wieder eine Angleichung des Kronenniveaus erfolge. Auf seinen Vorschlag stellt Herr Thelen einen entsprechend geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden empfiehlt folgende Beschlussfassung:

Der Ausschuss Umwelt und Grün beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Pilotprojektes zur Klärung der Frage, welche Maßnahmen erfolgreich gegen Massariabefall getroffen werden können.

Sollten sich die Kroneneinkürzungen nicht negativ auswirken, wird nach Ablauf des vierjährigen Versuchs das Kronenniveau aller Bäume im Pilotbereich angeglichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage betreffend Massaria-Befall an Platanen (Vorlagen-Nummer: 2138/2013) AN/0928/2013

Beschluss:

Erledigt durch Beschluss zu TOP 3.2.

3.3 Bürgereingabe: Grünzug West in Köln-Weiden/ Junkersdorf (02-1600-06/13) 1360/2013

Der Petent ist nicht erschienen.

Für die Verwaltung nimmt Herr Dr. Bauer vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen Stellung. Er erklärt, dass der Grünzug West für eine längerfristige Grünpolitik steht. Um die städtebauliche Entwicklung mit einer Entwicklung des Grünbereichs zu verbinden, ist der Grünzug West als wesentliche Freiraumverbindung entwickelt worden. Ziel des Grünzuges West ist die Sicherung und Entwicklung von Grünflächen. Ein Bestandteil ist die Schaffung von Ausgleichsflächen. Das Konzept basiert auf einem Gesamtkonzept aus den 1990er Jahren und werde kontinuierlich fortentwickelt. Begrenzt werde es durch die privaten Flächen und die städtischen Finanzen.

Herr Schneider dankt der Verwaltung für die Erläuterung. Er schlägt vor, im Beschlusstext deutlich zu machen, dass der Ausschuss das Projekt unterstützt und es für wichtig hält, dass die Entwicklung intensiv weiter vorangetrieben wird.

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei den Petenten für die Eingabe. Der Ausschuss unterstützt das Anliegen des Petenten und bittet die Verwaltung, die Entwicklung des Grünzuges West mit Nachdruck weiter voranzutreiben. Die Verwaltung wird gebeten, den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, den Ausschuss Landschaftspflege und Grünflächen und die Öffentlichkeit über die weitere Entwicklung des Projektes zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Thelen
Vorsitzender

Droske
Schriftführer